

## Gesetze und Wurst

Liebe Mitglieder des FfF, liebe Leserinnen und Leser,

*“There are two things in the world you never want to let people see how you make ‘em: laws and sausages”,* stellt Leo McGarry, der fiktive Stabschef im Weißen Haus, in einer Folge der ersten Staffel der amerikanischen Fernsehserie *West Wing* fest. Momentan müsste ich die Aufzählung wohl noch um Lasagne ergänzen, aber darum soll es hier nicht gehen. Vor kurzem konnten wir im Deutschen Bundestag die Verabschiedung des Meldegesetzes verfolgen, das, wäre es nicht im Bundesrat gestoppt worden, womöglich als „57-Sekunden-Gesetz“ in die legislative Geschichte eingegangen wäre, nachdem es offenbar in der letzten Sitzung des Innenausschusses noch entscheidend verändert worden war. Es gibt immer wieder Diskussionen über Gesetze, die wortwörtlich aus den Vorlagen von Lobby-Vereinigungen übernommen werden – heftige Diskussionen dazu gab es beispielsweise während Finanzkrise und Bankenrettung. Und auch jetzt scheint in Brüssel wieder eine Lobby-Schlacht zu toben – um die EU-Datenschutz-Grundverordnung, nachdem die Änderungsvorschläge des Berichterstatters im Europäischen Parlament, Jan Philipp Albrecht, gerade diskutiert werden. So etwas habe er „noch nie erlebt“, erklärte er dazu gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*. Dass einzelne Unternehmen um ihr Geschäftsmodell fürchten, das gerade auf der Verletzung der Persönlichkeitsrechte ihrer Nutzer aufbaut, ist ja auch nachvollziehbar.

Vielleicht schafft eine neue Initiative hier Abhilfe: *LobbyPlag*, ein Portal, das gesetzgeberische „Plagiate“ bei der Entwicklung der EU-Datenschutz-Grundverordnung aufdecken soll, d.h. Fälle, in denen Gesetzentwürfe direkt aus Papieren der Lobbyisten übernommen werden. Es ist zu wünschen, dass das Bewusstsein für solche Fälle gestärkt und dadurch langfristig die Macht finanzstarker Lobby-Vereinigungen zurückgedrängt wird.

Um nicht missverstanden zu werden: Lobbying ist nicht generell abzulehnen. Auch für Datenschutz und Bürgerrechte treten Lobby-Vereinigungen ein: zum Beispiel EDRi – European Digital Rights – wo das FfF seit Jahren Mitglied ist. Auch wir selbst sind im Brüsseler Transparenzregister für Lobby-Vereinigungen eingetragen. Doch wenn Organisationen, die weitgehend auf ehrenamtlicher Basis arbeiten, gegen Vereinigungen antreten, die von großen Konzernen finanziert werden, ergibt sich ein Ungleichgewicht, das schädlich ist: schädlich für die Demokratie, schädlich für die europäische Einigung. Größtmögliche Transparenz in diese Abläufe zu bringen, ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Leider sind die Fortschritte der europäischen Institutionen selbst noch ausbaufähig – die Teilnahme am genannten Transparenzregister ist zum Beispiel nicht obligatorisch.

Es wäre die vordringliche Aufgabe der Medien, mehr Transparenz in die Politik zu bringen. Ein Genuss ist es beispielsweise, die Interviews eines Günter Gaus aus den sechziger Jahren mit Spitzenpolitikern – unter anderem Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß, Willy Brandt, Rudi Dutschke – wieder zu sehen. Diese



inhaltliche Tiefe der Gespräche ist heute im Fernsehen kaum mehr vorstellbar – außer vielleicht in Randzeiten, in denen kaum jemand zusieht. Fundierte Berichterstattung wird leider häufig durch die hastige Behandlung von Trivialitäten ersetzt, meist zugespitzt auf Personalien. Leider gilt um so mehr der Satz, den Neil Postman bereits 1992 in seinem Buch *Wir amüsieren uns zu Tode* geschrieben hat: *„Problematisch am Fernsehen ist nicht, dass es uns unterhaltsame Themen präsentiert, problematisch ist, dass es jedes Thema als Unterhaltung präsentiert.“* Über Wahlen wird heute eher im Stil von Sportereignissen berichtet. Geht es aber dabei wirklich in erster Linie darum, dass ihr Ausgang *spannend* ist?

Letzter Höhepunkt ist wohl die Diskussion, ob der Entertainer Stefan Raab das *TV-Duell* zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Herausforderer Steinbrück moderieren soll. Ein besseres Indiz, dass fundierte politische Debatten – und damit letztlich die Wählerinnen und Wähler – von den Verantwortlichen kaum noch ernst genommen werden, kann es fast nicht geben.

Der Datenschutz ist derzeit ein bedeutendes Thema in der Arbeit des FfF: Sowohl die bereits genannte EU-Datenschutz-Grundverordnung, zu der wir eine umfangreiche Stellungnahme verfasst und den zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zugeleitet haben, als auch der Beschäftigten-Datenschutz – ein wichtiger Bereich des Datenschutzes, der durch die Verordnung bewusst nicht abgedeckt wird. Zu letzterem gibt es eine Vorlage von 2010, die vor einigen Wochen anscheinend handstreichartig durchgesetzt werden sollte. Schmachhaft machen wollte man der Öffentlichkeit den Entwurf mit dem Verbot verdeckter Überwachung am Arbeitsplatz – der fehlende Hinweis auf die erhebliche Erweiterung offener Überwachung war sicherlich der allgemeinen Hektik des Gesetzgebungsverfahrens geschuldet. Der sofort einsetzende massive Protest von Datenschützern konnte (vorerst?) Schlimmeres verhindern.

Nach der sehr interessanten und gut besuchten Jahrestagung des FfF im November in Fulda können wir in diesem Jahr auch unsere Teilnahme am 29C3 – dem Chaos Communication Congress – in Hamburg als großen Erfolg verbuchen. Neben einem Informationsstand, der auf breites Interesse stieß, war das FfF mit drei Vorträgen – zu Cyberpeace, Gender und Fair IT – beteiligt, die auch in den überregionalen Medien Beachtung fanden. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben!

Mit FfFigen Grüßen

Stefan Hügel